

Kurzbericht

Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern

(23. - öffentliche - Sitzung am 22.11.2021)

Beratungsthemen:

1. **Anhörung zu den im Einsetzungsbeschluss genannten Aufgaben, Zielen und Fragestellungen, insbesondere zu Ziffer III Nrn. 3 und 7**

Die Kommission führte eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Niedersachsen
- Polizeiakademie Niedersachsen

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Themenschwerpunkt „Qualitätssicherung durch Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Berufsgruppen mit Kindesbezug, wie Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Polizeibeamt*innen, Richter*innen oder ehrenamtlich Tätige“**

Die Kommission nahm die Unterrichtung durch Vertreterinnen und Vertreter des MI, des MK, des MWK und des MJ entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Besprechung der Zusammenfassungen der wissenschaftlichen Begleitung zu den Themenblöcken II.4 und II.5**

Die Kommission besprach die von der wissenschaftlichen Begleitung erstellten Zusammenfassungen zu den genannten Themenblöcken sowie die dazu von den Kommissionsmitgliedern eingegangenen Änderungsvorschläge. Die Zusammenfassungen und die Änderungsvorschläge wurden einstimmig angenommen.

4. **Besprechung und Abstimmung über den Entwurf der wissenschaftlichen Begleitung zur Gliederung des Abschlussberichts**

Die Kommission besprach den von der wissenschaftlichen Begleitung erstellten Gliederungsentwurf und nahm ihn in seinen Grundzügen einstimmig - bei zwei Enthaltungen - an.

5. **Besprechung der tabellarischen Zusammenstellung der wissenschaftlichen Begleitung zum Stand der Abarbeitung der Fragestellungen des Einsetzungsbeschlusses und ggf. Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise**

Die Kommission nahm die Übersicht zur Kenntnis und bat die Landesregierung, zu den offenen Punkten schriftlich zu unterrichten und bei Bedarf in einer späteren Sitzung mündlich zu ergänzen.

Außerhalb der Tagesordnung besprach die Kommission die weitere Terminplanung und formulierte einmütig das Ziel, ihren Bericht dem Plenum zur abschließenden Beratung in der März-Sitzung 2022 vorzulegen.

Vor diesem Hintergrund kam die Kommission überein, der Landesbeauftragten für den Datenschutz eine Zusammenstellung offener Fragen, die sich im Zuge der Kommissionsarbeit ergeben haben, zu übermitteln und sie zu bitten, dazu vor der für den 24. Januar 2022 vorgesehenen Sitzung schriftlich Stellung zu nehmen und zudem zu den Aspekten des Datenschutzes zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern in jener Sitzung mündlich vorzutragen.